

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff, Ulrich  
Oehme, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/19517 –**

### **Strategiewechsel in der Entwicklungszusammenarbeit – Corona-Moratorium für Entwicklungshilfe und Umwidmung von Entwicklungsmitteln zur Pandemie-Bewältigung**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller weisen darauf hin, dass die Corona-Pandemie Deutschland hart treffe und die Bundesregierung vor eine enorme gesamtpolitische Herausforderung stelle. Insbesondere die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie und die Pandemieeindämmungsmaßnahmen sind für die Bevölkerung, die hiesigen Unternehmen und den Staat gravierend. Die Corona-Krise verlangt die Fokussierung des gesamten staatlichen Handelns auf die erfolgreiche Pandemiebekämpfung sowie auf die Abmilderung negativer gesundheitlicher, sozialer und wirtschaftlicher Konsequenzen.

Wo dies rechtlich und praktisch möglich ist, müssten nach Auffassung der Antragsteller die Ausgaben des Bundes, die bei der Bewältigung der Krise und bei der Aufrechterhaltung der Funktionalität von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft unwesentlich seien, zurückgestellt werden. Auch die deutsche Entwicklungspolitik müsse ihren Fokus auf die Bekämpfung der Corona-Pandemie verlagern und deshalb sollten Entwicklungsleistungen eingespart, Maßnahmen gestrichen oder umgewidmet werden. Bei einem Großteil handele es sich ohnehin um sozioökonomisch fragwürdige und soziokulturell bedenkliche Ausgaben und Aktionismen, auf die man insbesondere in Krisenzeiten verzichten sollte.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/19517 abzulehnen.

Berlin, den 9. September 2020

### **Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Dr. Peter Ramsauer**  
Vorsitzender

**Dr. Georg Kippels**  
Berichterstatter

**Dr. Sascha Raabe**  
Berichterstatter

**Markus Frohmaier**  
Berichterstatter

**Dr. Christoph Hoffmann**  
Berichterstatter

**Helin Evrim Sommer**  
Berichterstatterin

**Uwe Kekeritz**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Dr. Georg Kippels, Dr. Sascha Raabe, Markus Frohnmaier, Dr. Christoph Hoffmann, Helin Evrim Sommer und Uwe Kekeritz**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/19517** in seiner 162. Sitzung am 27. Mai 2020 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, keine Neuzusagen für die deutsche bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zu tätigen oder in Aussicht zu stellen, und es sollten keine neuen Regierungsverhandlungen geführt oder geplant werden.

Die Antragsteller fordern dieses ebenso für zu schließende neue rechtsverbindliche Vereinbarungen der staatlichen Durchführungsorganisationen. Darüber hinaus solle bei der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) und bei Engagement Global gGmbH aufgrund der dann veränderten Beschäftigungslage eine Personalbedarfsanalyse durchgeführt werden.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung des Weiteren auf, die durch die Initiativen „Bündnis für nachhaltige Textilien“ und „Textilsiegel Grüner Knopf“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geschaffenen und bereitgestellten personellen, organisatorischen und kommunikativen Kapazitäten dafür zu nutzen, medizinische Schutzausrüstung primär in Deutschland, aber auch in den Partnerstaaten der deutschen EZ, zu fertigen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die frei werdenden Haushaltsmittel unmittelbar den nationalen Bemühungen zur Bekämpfung und Bewältigung der Corona-Pandemie in Deutschland, insbesondere für den Bereich der Gesundheitsversorgung und für nationale Wirtschaftshilfen, zuzuführen. Hierzu solle Einzelplan (EP) 23 des Haushaltsgesetzes 2020 entsprechend geändert werden, damit dann auf die finanziellen Mittel verschiedener Kapitel und Titel des EP 23 zurückgegriffen werden könnte.

### **III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse**

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/19517 in seiner 63. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/19517 in seiner 70. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 58. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** hebt hervor, dass die EZ angesichts der Corona-Krise effektiver gestaltet werden müsse. Man rechne mit bis zu zwei Billionen Euro Mehrausgaben, und dazu gehörten auch fiskalische Mindereinnahmen. Darum müssten Neuzusagen, die im Rahmen von Regierungsverhandlungen mit den Partnerstaaten der deutschen EZ gemacht würden, erst einmal eingestellt werden. Gleichzeitig wolle man bereits getätigte, aber nicht umgesetzte Neuzusagen einfrieren und keine neuen rechtsverbindlichen Durchführungsvereinbarungen abschließen; die freigesetzten Mittel könnten stattdessen für Maßnahmen zur Pandemiebewältigung in den Partnerstaaten umgewidmet werden. Damit nicht weiterhin beispielsweise weiterhin 8,5 Mio. Euro ausgegeben würden, um Moscheen mit LED-Lampen auszustatten. In dem Antrag hätte die Fraktion der AfD Kürzungen ähnlicher Programme im Umfang von bis zu vier Mrd. Euro vorgeschlagen. Dieser Betrag könnte stattdessen genutzt werden, um die nationalen Bemühungen in Deutschland in der Corona-Krise zu unterstützen. Dem BMZ stehe mit dem Nachtragshaushalt ein Budget von 12,4 Mrd. Euro zur Verfügung, und deshalb glaube die Fraktion der AfD, dass man nicht noch mehr finanzielle Mittel brauche. Man müsse das Geld vielmehr effektiver einsetzen und sich auf die wesentlichen Punkte konzentrieren.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hält dagegen, dass man sich bereits im Plenum über den Antrag ausgetauscht habe. Er könne ohne weiteres in die legendären Entgleisungen der Fraktion der AfD eingereiht werden, wenn es um die Einordnung oder Beschreibung der Aufgabe von EZ und finanzieller Zusammenarbeit gehe. Die Corona-Pandemie sei eine weltweite Pandemie, bei der Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen und unverändert betroffen seien. Man hätte die Aufgabe und Verpflichtung, Hilfe zu leisten, nicht nur aus humanitären Gründen, sondern auch aus Gründen der ökonomischen Vernunft. Man könne jetzt, im siebten oder achten Monat in der Corona-Pandemie, beobachten, dass der Austausch zwischen den Ländern wieder in Gang komme. Diese Krise hätte in der globalisierten Welt alle getroffen und stelle eine ernstzunehmende Gefahr für die gesamte Weltwirtschaft dar. Insofern wären die Entwicklungsleistungen, anders als im Antrag der Fraktion der AfD gefordert, weder sozioökonomisch fragwürdig, noch soziokulturell bedenklich, sondern dringendst geboten. So könnte durch den weltweiten Austausch eine gesundheitspolitische Grundlage geschaffen werden, und es seien alle aufgerufen, dazu entsprechende Beiträge zu leisten. Deutschland leiste im Rahmen des Corona-Sofortprogramms zielführende und vorbildhafte Umschichtungen der Finanzmittel, ohne dabei sämtliche Aufgaben der Entwicklungspolitik aus dem Auge zu verlieren. Die Fraktion der CDU/CSU werde den vorliegenden Antrag konsequent ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** ergänzt, dass man sich die Notlagen der ärmsten Länder anschauen sollte. Es seien nicht nur die gesundheitlichen Folgen, die sie besonders stark treffen würden, sondern vor allem die Menschen würden die extremen sozialen Folgen spüren, weil es eben, anders als in Deutschland, kein Kurzarbeitergeld, keine sozialen Sicherungssysteme und keinen ausreichenden Zugang zu Gesundheitssystemen gebe. Es gebe eine drastische Zunahme von Hunger und von Armut. Es wäre dumm, schäbig und unanständig, in einer derartigen Situation EZ-Mittel sowie weitere Verhandlungen zur Verbesserung von Bildung, Gesundheit und ländlicher Entwicklung stoppen zu wollen. Der Antrag der Fraktion der AfD sei eine Schande für den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) und eine Schande für das Parlament. Man sei von der Fraktion der AfD mittlerweile die Position gewohnt, dass nur Deutschland zähle, wohingegen der Rest der Welt zugrunde gehen könne. Die Fraktion der SPD lehne den Antrag ab, denn er verhöhne einmal mehr die ärmsten Menschen.

Die **Fraktion der FDP** stellt klar, dass sie nicht für einen Strategiewechsel stehe. Das Gegenteil sei der Fall, da aktuell viele Länder massiv unter der Covid-19-Krise leiden würden, und deshalb hätte man einer Aufstockung des BMZ-Haushaltes zugestimmt. Damit müssten die Gesundheitssysteme gestärkt und die Lieferketten wieder in Gang gebracht werden, damit die zunehmende Armut bekämpft werden könnte. Es werde nicht reichen, dass man die BMZ-Mittel nutzen würde, um die Bevölkerung direkt zu ernähren oder den Menschen irgendeine Arbeit zu geben. Es werde vor allem darum gehen, die Märkte wieder in Gang zu bringen. Dazu benötige man entsprechende Rahmenbedingungen, wozu man eine Begleitung durch die EZ benötige. Man könne die Ärmsten der Armen in der jetzigen Situation nicht alleine lassen. Der vorliegende Antrag der Fraktion der AfD reihe sich in eine Serie populistischer Anträge ein, denen ein humanitärer Wertekompass fehle, und deswegen lehne ihn die Fraktion der FDP ab.

Die **Fraktion DIE LINKE**. wendet ein, dass die Antragsteller auch die Überschrift „Alle Kraft und alle Mittel ausschließlich für Volk und Vaterland“ hätten auswählen können. Der Antrag sei ausschließlich ein Manifest des nationalvölkischen Egoismus, der die Zusammenhänge der vernetzten Welt leugne und auf ein simples Schwarz-Weiß Schema begrenze. Der Fraktion der AfD sei es egal, ob die von ihr geforderte Politik mehr Menschen in Hunger und Verelendung treiben, der Klimawandel angeheizt und die Zahl der Klimaflüchtlinge steigen würde. Um Panik zu verbreiten, werde das Horrorszenario einer zusammenbrechenden deutschen Wirtschaft heraufbeschworen. Der vorliegende Antrag zeige einmal mehr menschliche Kälte, und darüber hinaus fehle der wirtschaftliche Sachverstand. Die Fraktion DIE LINKE. werde diesen menschenverachtenden Antrag der Fraktion der AfD ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstreicht die fundamentale Kritik aller Fraktionen, egal ob Opposition oder Regierungskoalition, zumal alle die Argumentationen der anderen nachvollziehen könnten. Das hätte die Fraktion der AfD wissen und dementsprechend ihren Antrag zurücknehmen müssen. Es seien bereits viele Argumente genannt worden, aber man sollte auch den geostrategischen Aspekt nicht außer Acht lassen. Die Fraktion der AfD mache sich mit dem vorliegenden Antrag in unverantwortlicher Art und Weise zum Förderer der chinesischen Politik. Denn wohin unterlassene Hilfestellung führe, das hätte man in Italien beobachten können. Das sei jedoch keineswegs die Einstellung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und dementsprechend lehne man den vorliegenden Antrag selbstverständlich ab.

Berlin, den 9. September 2020

**Dr. Georg Kippels**  
Berichterstatter

**Dr. Sascha Raabe**  
Berichterstatter

**Markus Frohmaier**  
Berichterstatter

**Dr. Christoph Hoffmann**  
Berichterstatter

**Helin Evrim Sommer**  
Berichterstatterin

**Uwe Kekeritz**  
Berichterstatter



